



uniterre

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

Politik des Vergessens bessere Deklaration vom Tisch



Welch eine Verwirrung: Ein Aprikosensaft aus Spanien mit dem Label «agricultura ecológica» und dem Knospenlabel, Herkunft Schweiz. Falsche Deklaration auch in streng kontrollierten Produktionsketten.

Pferd oder Rind? Aus Argentinien oder Kanada? Kurz nach dem Pferdefleischskandal waren Politik und Öffentlichkeit empört, alle riefen laut nach schärferen Kontrollen und genaueren Deklarationen für Lebensmittel. In den Medien wurde das Recht auf mehr Transparenz gefordert. Das war letzten Herbst. Damals sprach sich der Nationalrat noch dafür aus, dass die Hersteller auf sämtlichen vorverpackten Lebensmitteln die Herkunft jedes Rohstoffes angeben müssen. Die Verschärfung der Deklarationspflicht kam auf den Tisch. Die Herkunft eines Rohstoffes müsse deklariert werden, wenn dieser mehr als 50 Prozent des Lebensmittels ausmacht und eine Täus-

chung vorliegen könnte – zum Beispiel bei Bündnerfleisch aus der Schweiz mit Fleisch aus Argentinien.

Der Kompromiss über den nun diskutiert und abgestimmt wurde, war bereits eine weichgewaschene Form einer ursprünglich klaren Vorstellung. Der zwischen Bauernverband, der Allianz der Konsumentenschutzorganisationen und der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrie ausgehandelte Kompromiss beinhaltet schlussendlich, dass nur die Herkunft derjenigen Rohstoffe deklariert werden müsste, die charakteristisch sowie mengenmässig wichtig sind und entspricht somit im Wesentlichen der heutigen, auf Verordnungsebene geregelte Praxis.

Der Antrag scheiterte, weil alle bürgerlichen Parteien mehrheitlich gegen den Kompromissantrag gestimmt haben. (93 Nein, 88 Ja, 1 Enthaltung) Der Nationalrat schloss sich damit der Version des Ständerates an, der sich von Anfang an gegen die Verschärfung ausgesprochen hatte. Das neue Lebensmittelgesetz wurde an der Schlussabstimmung angenommen. Das Gedächtnis gewisser Parlamentarier scheint kurz zu sein und der Druck des Gewerbeverbandes, der mit einem Lobbying-Brief Druck auf seine Schäfchen machte, offensichtlich gross.

PolitikerInnen, die sich sonst gerne mit viel Gerede für die Landwirtschaft stark machen, werden offensichtlich, wenn es konkret wird, schnell wieder schwach, wie Fahnen im Wind. Schade, denn eine genauere Deklaration über die Herkunft

eines Rohstoffes in einem verarbeiteten Lebensmittel wäre auch eine geeignete Massnahme gewesen, um die Schweizer Landwirtschaft zu stärken. Nun aber liegt es in der Hand des Bundesrates. Dort liegt es und die Öffentlichkeit wird sich weiterhin in Geduld üben müssen. Der Bundesrat wird keine Fälle finden, wo er es als wichtig erachtet, die Herkunft von Rohstoffen vorzusehen, denn eine solche „Verschärfung“, oder nennen wir es doch Transparenz, steht seinem Liberalisierungskurs entgegen. Im Gegenteil, er ist nun befugt EU-Rechte vereinfacht zu übernehmen und das wiederum wird er nicht verschlafen.

Trotzdem handeln! Die Entscheidung liegt beim Einkauf. Auf der Verpackung steht schon vieles. Wir können uns erkundigen, woher die Inhaltsstoffe kommen. Aber wollen wir immer mit der Lupe durch den Laden ziehen? Wollen wir zuerst mit einer App herausfinden, welche Nummer zu welchem Zusatzstoff gehört? Wir können uns entscheiden und dort einkaufen, wo Transparenz geschaffen wurde. Gemüse vom nächsten Bauernhof, Saisonfrüchte vom Markt, stark verarbeitete Lebensmittel lassen wir im Laden liegen, wir kaufen Fleisch aus Schweizer Produktion und schlussendlich verbringen wir mehr Zeit beim Zubereiten unserer Nahrung und weniger Zeit mit der Lupe im Laden. Ein Lebensmittel soll ja ein Mittel zum Leben sein.



Initiative

Was Sie wissen wollen!

Seiten 2-3



Weisse Linie

Rabenschwarze Zukunft

Seite 4



SAK

Was ist neu?

Seite 4

INITIATIVE

Landwirtschaft - entschlossen in die Zukunft!

Die Generalversammlung von Uniterre hat, wie bereits berichtet, die Lancierung der Volksinitiative zur Ernährungssouveränität beschlossen. Wir brauchen ein starkes Zeichen von euch! Hier werdet ihr über den Initiativtext und über die Patenschafts-Kampagne informiert. Zögert nicht, macht mit. Verliert keine Zeit, füllt den Antwort-Talon aus (oder macht vorher noch Kopien davon für FreundInnen und KollegInnen etc) und schickt ihn so schnell wie möglich zurück

Was bezweckt unsere Initiative?

Das Ziel dieser Initiative ist, der schweizerischen Agrar- und Ernährungspolitik einen neuen Weg zu eröffnen. Dieser Weg muss den Bäuerinnen/Bauern und landwirtschaftlichen Angestellten Zukunftsperspektiven bieten, den Erwartungen der Bevölkerung bezüglich sozialen Standards, Umweltschutz und Ernährung gerecht werden, unsere natürlichen Ressourcen schützen und einen gerechteren internationalen Handel schaffen.

Die Volksinitiative ist ein geeignetes Mittel, um die Bevölkerung bei demokratischen Entscheiden einzubeziehen. Da Ernährung überlebenswichtig für uns alle ist, müssen wir es wieder zu unserem Thema machen und mitreden. Die Initiative soll das Konzept der Ernährungssouveränität in der Schweiz umsetzen.

5 klare Ziele

1. Eine vielfältige, GVO-freie Landwirtschaft, die unsere Bevölkerung ernährt und unsere natürlichen Ressourcen, namentlich die Böden und das Saatgut, schützt.
2. Eine Landwirtschaft, die dank fairer Preise gerechte Einkommen für Bäuerinnen, Bauern und landwirtschaftliche Angestellte garantiert und so kommenden Generationen eine Zukunft bietet.
3. Ein transparenter Markt, welcher den Bäuerinnen und Bauern sowie den Konsumentinnen und Konsumenten dient. Die Stärkung der kurzen Kreisläufe, um die regionale Produktion zu fördern, die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Regionen, die Verkürzung der Transportwege und eine verbesserte Garantie der Rückverfolgbarkeit.
4. Einen gerechteren internationalen Handel durch zolltechnische Massnahmen an den Grenzen. Das Recht sich zu schützen und die Pflicht auf Exportsubventionen zu verzichten.
5. Eine Landwirtschaft- und Ernährungspolitik, die sich nach den Wünschen der Bevölkerung souverän und mit Respekt gegenüber anderen Regionen weiterentwickeln kann.

Warum wird die Initiative jetzt lanciert?

Vielleicht werden einige sagen, dass ja schon mehrere Initiativen zur Landwirtschaft und zur Ernährung hängig sind und dass diejenige von Uniterre zu viel sei. Konkret gibt es die Initiative gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln der Jungsozialisten, die Initiative für Ernährungssicherheit des Schweizerischen Bauernverbandes, die Initiative für faire Lebensmittel der Grünen und, als vollständigste von allen, die Initiative für Ernährungssouveränität von Uniterre.

Die Bäuerinnen und Bauern von Uniterre denken aber, dass die vielen Initiativen nur ein Symptom für ein krankes System sind; es ist dringend notwendig, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik in einem breiten Dialog mit der Bevölkerung zu ändern und ein positives Zeichen für eine lebendige Landwirtschaft zu setzen.

Uniterre hat die Legitimität ein solches Projekt anzustossen. Wir haben den Dialog mit der Bevölkerung immer gesucht und Uniterre nimmt seit Jahrzehnten eine klare, kohärente Position ein, für bessere Lebensbedingungen der Bauernfamilien in der Schweiz, unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Volkswillens und des Wohlergehens unserer Berufskolleginnen/ kollegen im Ausland.

Warum Ernährungssouveränität?

Die Bilanz der letzten zwanzig Jahre ist düster. Im landwirtschaftlichen Sektor sind über 100 000 Arbeitsstellen verschwunden, über 40 % der Bauernhöfe waren zur Aufgabe gezwungen. Dadurch wird eine intensive Produktion vermehrt im gut zugänglichen Talgebiet zentralisiert. Das ist eine Landwirtschaft, die den zukünftigen Herausforderungen nicht gewachsen sein wird.

Im Verlauf der letzten Jahre sind die Produzentenpreise um 28 % gesunken, während die Konsumentenpreise um 10 % gestiegen sind. Dazwischen sitzen Verarbeiter und Grosshandel und bereichern sich Dank deregulierter Märkte immer unverschämter. Mit dem aktuellen System werden weder die Bauernfamilien noch die landwirtschaftlichen Angestellten korrekt entlohnt. Die Globalisierung der Agrar- und Lebensmittelmärkte hat weder der Bevölkerung noch den Landwirtinnen und Landwirten etwas genutzt. Wir waren und sind Zeugen einer andauernden Machtkonzentration in den Händen von nur rund 100 internationalen Konzernen.

Tag für Tag erleben wir zahlreiche Rückschläge, die wir nicht länger hinnehmen wollen: Sinkende Einkommen, immer weniger Beschäftigte auf den Betrieben, Verlust von Biodiversität, Überbauung von Kulturland, schrumpfender Selbstversorgungsgrad...

Deshalb stützt sich der Initiativtext auf das Konzept der Ernährungssouveränität der Bäuerinnen und -Bauernbewegung la Via Campesina ab. Wir fordern damit eine

Artikel 104a Ernährungssouveränität

1. Um das Recht auf Ernährungssouveränität umzusetzen, fördert der Bund die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln aus einer vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft in der Schweiz, die ihre Kosten decken kann und den sozialen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird.
2. Er strebt eine vorrangige inländische Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln unter Berücksichtigung der natürlichen Ressourcen an.
3. Er trifft wirksame Massnahmen, mit dem Ziel:
 - a. die Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft und die Vielfalt der Produktionsstrukturen zu fördern.
 - b. das Kulturland und insbesondere die Fruchtfolgeflächen in Umfang und unter Einbezug der Bodenqualität zu schützen.
 - c. den Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Verkauf von Saatgut zu garantieren,
 - d. gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft sowie alle Pflanzen und Tiere zu verbieten, welche mittels neuer Technologien der Genomveränderung und unnatürlicher Rekombination erzeugt wurden.
4. Er
 - a. unterstützt den Aufbau von Organisationen in Bauernhand die den Bedarf der Konsumenten und das Angebot der Bauern aufeinander abstimmen.
 - b. garantiert die Markttransparenz und fördert die Bestimmung von fairen Preisen in Produktionssektoren und Absatzkanälen.
 - c. stärkt direkte Handelsbeziehungen sowie regionale Verarbeitungs-, Lager- und Vermarktungsstrukturen.
5. Er schenkt den Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Angestellten besondere Aufmerksamkeit und setzt deren Harmonisierung auf Bundesebene um.
6. Er
 - a. erhebt Zölle und steuert die Importvolumen um die inländische Produktion zu schützen und zu entwickeln.
 - b. erhebt Zölle oder verbietet den Import von Nahrungsmitteln, welche unter sozialen und ökologischen Bedingungen produziert wurden, die nicht der schweizerischen Gesetzgebung entsprechen.
7. Er verzichtet auf alle Exportsubventionen für Lebensmittel und Agrarprodukte.
8. Er garantiert die Information und die Aufklärung über Produktions- und Verarbeitungsbedingungen importierter und inländischer Lebensmittel und behält sich vor, eigene Qualitätsbestimmungen festzulegen.

INITIATIVE

kohärente Agrar- und Ernährungspolitik für die Schweiz, die auch die Bäuerinnen und Bauern ausserhalb unserer Landesgrenzen respektiert.

Welches Interesse haben die Mitglieder von Uniterre daran, die Initiative zu unterstützen?

Die meisten unter Euch sind Bäuerinnen und Bauern. Ihr kommt aus allen Sparten der Landwirtschaft mit kleinen, mittleren und grossen Betrieben. Ihr produziert Wein, Milch, Fleisch, Getreide, Gemüse, Früchte und vieles mehr.

Unter Euch gibt es alteingesessene Familien, die seit vielen Generationen in der Landwirtschaft tätig sind, aber auch Quereinsteiger.

Ihr sympathisiert mit Uniterre, Ihr schätzt die regionale Landwirtschaft und Ihr anerkennt ihre grundlegende Bedeutung - und Ihr möchtet sie unterstützen.

Ihr alle könnt von der Initiative profitieren!

Die Initiative von Uniterre ist von allen aktuellen Initiativen zur Landwirtschaft am komplettesten. Sie liefert für viele Fragen, Wünschen und Sorgen eine Antwort. Natürlich haben wir nicht die perfekte Lösung gefunden, doch mit unserem Engagement und unserem Kampf versuchen wir, uns so weit wie möglich daran anzunähern.

Wenn Ihr Eure Produkte an Grossverteiler liefert, seid Ihr sicher unter Druck, Ihr wisst nicht immer, welchen Preis Ihr für Eure Waren erhalten werdet, wie lange und wie viel Ihr verkaufen könnt. Ihr solltet einen Vertrag haben, doch der ist inexistent oder lückenhaft. Die Initiative will solchen Problemen Abhilfe verschaffen, indem sie die Mengensteuerung wieder in die Hände der Bäuerinnen und Bauern legt, damit wir sicher nur so viel wie nötig produzieren, anstatt uns den Wünschen der Industrie zu beugen.

Die Initiative fordert, dass der Bund für alle Wertschöpfungsketten Mechanismen schafft, um faire Preise festzulegen. Es geht dabei nicht um von der Regierung festgelegte Preise. Die Festlegung der Preise kann von Region zu Region unterschiedlich und von den Produktions- und Verwertungsformen abhängig sein. Der Bund muss garantieren, dass alle TeilnehmerInnen einer Wertschöpfungskette gemeinsam einen einträglichen Preis festlegen können. Eine Voraussetzung dafür ist die Schaffung von Markttransparenz.

Wenn Ihr Direktvermarktung

betreibt und sich die Erschliessung neuer Absatzmärkte schwierig gestaltet, weil es in der Region an der an der nötigen Infrastruktur mangelt und wenn Ihr nicht in einem Kanton lebt, der kurze Wertschöpfungsketten fördert, wird Euch diese Initiative zugutekommen.

Wenn Ihr die Biodiversität erhalten wollt, wenn ihr Euch für bäuerliches Saatgut einsetzt, wenn Ihr feststellt, dass Euer Handlungsspielraum schrumpft und GVO an Terrain gewinnen, ist klar, dass die Initiative in Eurem Sinn ist.

Wenn Ihr Züchterin oder Züchter seid und Eure Tiere mit Futter aus der Region füttern wollt, aus wirtschaftlichen Gründen jedoch importiertes Eiweissfutter brauchen müsst, wird Euch diese Initiative helfen, denn sie fördert den Anbau von Futtermitteln im Inland.

Wenn Ihr als Konsumentin oder Konsument über das «Cassis de Dijon»-Prinzip und andere unklare Normen ärgert und wenn Ihr Euch über die Konsequenzen der Freihandelsverträge Sorgen macht, dann wird diese Initiative Euch weiterhelfen. Sie fordert nicht nur umfassendere Informationen, sondern auch mehr Mitbestimmung für die Bevölkerung. Mit Eurer Unterschrift erhalten wir alle die Chance, eine neue und bevölkerungsnahere Agrar- und Ernährungspolitik einzufordern.

Wenn Ihr in der Weltherumgekommen seid, Bäuerinnen und Bauern in anderen Ländern getroffen und festgestellt habt, dass sie mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben, ist Euch bewusst, dass die Produktionsnormen und -kosten nicht überall die gleichen sind. Ihr versteht die verheerenden Auswirkungen von Dumpingexporten. Deshalb braucht es dringend an der Grenze zolltechnisch regulierende Massnahmen. Es geht nicht darum eine Mauer zu errichten, sondern um eine Barriere, die sich, abhängig von festgelegten Kriterien, öffnen und schliessen lässt.

Agenda bis zum September

An der Generalversammlung wurde der Initiativtext verabschiedet und wir haben ihn für die Vorprüfung bei der Bundeskanzlei eingereicht. Danach folgt ein Austausch zwischen der Bundeskanzlei und dem derzeit entstehenden Initiativkomitee.

Zusätzlich zum möglichst vielfältigen Initiativkomitee bilden wir die nötigen Allianzen für einen Erfolg der ersten Etappe, also der Unterschriftensammlung. Ab Ende Juni werden wir deshalb Verbündete kontaktieren, damit sie die Initiative unterstützen können (finanziell,



Grenze als Regulierungsinstrument: Ein schönes Solidaritätsbeispiel zwischen Bauern und Bäuerinnen aus der Schweiz und Deutschland.

moralisch, logistisch usw.).

Das Material wird im Verlauf des Sommers vorbereitet, damit die Unterschriftensammlerinnen und -sammler alles Nötige haben, um eine reiche Ernte einzufahren.

Uniterre

Weitere Informationen:
Büro: 021 601 74 67
Ulrike Minkner, Vize Präsidentin
032 41 29 34

WETTBEWERB

Macht mit!!!

Titel gesucht für unsere Initiative:

-Kurz, Prägnant, mit Landwirtschaft und Ernährung.

Abgabe von Ideen bis zum 15. Juni 2014

Unser Vorschlag bisher:

«Ernährungssouveränität: Für eine zukunftsgerichtete Landwirtschaft»

Ideen an: info@uniterre.ch

PATENSCHAFTS-KAMPAGNE

Wir stürzen uns in dieses Abenteuer, weil wir überzeugt sind, dass diese Diskussion in der Bevölkerung geführt werden muss.

Die Lancierung einer Volksinitiative benötigt erhebliche finanzielle Mittel und das Engagement von uns allen. Gleichzeitig suchen wir die Zusammenarbeit mit Organisationen, Vereinen und Parteien.

Für den Start unserer Initiative ist es deshalb entscheidend, die nötigen Unterschriften und das Budget (für Werbung, Druck, Versand, Koordination) schon jetzt abzusichern.

Wir haben folgende Formel aufgestellt:

Wir suchen 1000 Personen, die sich engagieren, jeweils 100 Unterschriften in 18 Monaten zu sammeln und die Initiative mit 100 Fr. zu unterstützen.

50% der Patinnen und Paten von Uniterre?

Das wäre ein Erfolg!

Wir rufen euch deshalb auf, euch mit dem beiliegenden Talon anzumelden, um so der Initiative den nötigen Schwung zu verleihen.

Der Vorstand von Uniterre arbeitet an einem Argumentarium und wird in den Regionen Informations- und Ausbildungsabende organisieren.

Zögert nicht und wagt den Sprung in dieses gemeinsame Abenteuer.

Sprecht auch eure interessierten Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen, auf die Patenschafts-Kampagne an. Ein Anruf genügt und wir senden euch weitere Flyer.

AGRARPOLITIK

Die SAK ist auch ein Mensch*

Laut Bericht des Bundesamtes für Landwirtschaft soll das SAK-Berechnungssystem verbessert werden. Im Jahr 2012 wurde der Bundesrat beauftragt, das System der Standardarbeitskräfte zu prüfen. (Postulat Leo Müller). Nun wurde der Vorschlag zu den geplanten Änderungen vorgestellt. Laut Bericht weist das System Schwächen auf. Hier wird das Verständnis des SAK-Begriffs genannt, weil es nicht, wie man vermuten könnte, die effektive Arbeitszeit abbildet, sondern ein standardisiertes Mass für die Betriebsgrösse ist, welches sich an der Arbeitszeit bei landesüblicher Bewirtschaftung und Mechanisierung orientiert.

Hier will der Bundesrat nun nachbessern und die Berechnungen in Zukunft laufend an den technischen Fortschritt anpassen. Das wird schwerwiegende Konsequenzen für kleinere Höfe haben. Einige fallen ganz aus dem System und bekommen keine Direktzahlungen mehr, andere werden nicht mehr von den rechtlichen Vorteilen, wie beispielsweise dem Status als landwirtschaftliches Gewerbe, profitieren können. Laut VKMB handelt es sich um circa 5000 betroffene Betriebe und kritisiert deshalb



den Vorschlag in diesem Punkt. Der Bauernverband begrüsst den Vorschlag des BLWs grundsätzlich, denn in einer ersten Phase (ab 2016) sollen landwirtschaftsnahe Tätigkeiten (z.B. Agrotourismus), die einen substantziellen Anteil an das Einkommen leisten, in den Bereichen Bodenrecht und Strukturverbesserungsmassnahmen ebenfalls mit SAK-Zuschlägen berücksichtigt werden.

Dass der Bundesrat die Jahresarbeitszeit von 2800 auf 2600 Stunden senkt, wird ebenfalls positiv hervorgehoben. (Durchschnittliche Jahresarbeitszeit in der Schweiz 2013: 1900 Stunden/

laut bfs/admin). Inwieweit grössere Mechanisierung und damit auch vermehrte Technisierung auf den Höfen zu einem tragfähigeren Betrieb beitragen, ist mit einem sehr kritischen Blick zu beobachten, denn mit jeder grösseren Maschine geht auch ein grösserer finanzieller und energetischer Aufwand einher. Einmal mehr offenbart das BLW seine wirklichen Absichten, indem es den Strukturwandel vorantreibt, anstatt die Vielfalt der verschiedenen Betriebe zu würdigen und zu unterstützen.

Ulrike Minkner

(* Slogan der Bäuerinnen Uniterre 2012 in Bern)

AGENDA

27 Juni bis 19. Juli
Austellung Longo maï
«Die Utopie der Widerspenstigen»
Kornhausforum, Bern
www.prolongomai.ch

Mitte September 2014
Start der
Unterschriftensammlung
für die Volksinitiative zur
Ernährungssouveränität.

18. bis 28 September 2014:
Genusswoche
Alle Veranstaltungen sind zu
finden unter
www.uniterre.ch/semaine-gout2014

www.uniterre.ch => agenda

RABENSCHWARZE ZUKUNFT DURCH SOGENANT „WEISSE LINIE“

Zurzeit thematisieren verschiedene Medien die sichtbaren Folgen eines möglichen Wildwuchses.

So bringt die „Schweiz am Sonntag“ auf der Frontseite ein wunderschönes Bild vom Alpaufzug. Noch gibt es ihn. Leider zunehmend weniger.

„Wegen der Alpenunternutzung sind die artenreichen Wiesen gefährdet“, steht in der Zeitung.

Dies hat ganz direkt zu tun mit jener aggressiven rücksichtslosen Agroindustrialogik, die sich derzeit als Weisse Linie tarnt.

Offenen Grenzen sollen mehr Effizienz, mehr Markt und unternehmerische Freiheit bringen.

Genau diese Politik hinterlässt aber vergandete Alpweiden ohne Tiere. Im Gegenzug vermehren sich im Flachland Hochsilos, Siloballenberge und Melkroboter.

Diese Entwicklung zeichnet sich an vielen Orten ab. Mit der Volksinitiative für Ernährungssouveränität von Uniterre soll das Schweizervolk die Möglichkeit erhalten,

zu sagen, ob Bäuerinnen und Bauern die Bevölkerung noch bestmöglich mit gesunden Lebensmitteln aus der Region versorgen soll –

oder ob wir die als „Weisse Linie“ getarnte Dampfwalze mit bundesrätlicher Empfehlung weiterlaufen lassen.

Artenreiche Alpweiden sind nicht einfach Natur, sondern das Produkt jahrelanger Kulturpflege, wo Mensch und Tier, Berg und Tal zusammenspielen, uns erfreuen und gleichzeitig nähren. Noch haben wir dank direkter Demokratie die Entscheidung in den Händen.

Ab September kann mit der eigenen Unterschrift konkret und wirksam dazu beigetragen werden, dass künftige Menschen noch einen lebenswerten und aktiv gestaltbaren Planeten vorfinden.

Jakob Alt

Europäisches Treffen zum Thema Agroökologie

Wir ihr in vorherigen Beiträgen im Journal lesen konntet, nimmt Uniterre an einem europäischen Projekt teil, welches Austausch und Weiterbildung unter Bauern und Bäuerinnen fördert.

Nach einem Treffen in Gaillac Frankreich zum Thema bäuerliches Saatgut und in Norwegen zur Praxis von Agroökologie, wird ein nächstes Treffen vom 26.-29. Sept. 2014 in Santiago de Compostelle stattfinden.

Wenn ihr interessiert seid daran teilzunehmen, ruft uns unverzüglich an, es ist eine wunderbare Möglichkeit zum Austausch. Die Reise- und Übernachtungskosten werden aus dem europäischen Budget übernommen. Genauere Angaben werden bald zur Verfügung stehen.



Änderungen bei Uniterre

Nach dem Rücktritt von Aline Franel, unserer Buchhalterin, welche während dreier Jahren für Uniterre gearbeitet hat und nun eine Stelle in ihrer Region gefunden hat, haben wir

die Freude euch mitzuteilen, dass mit Claude Mudry, Gemüsebauer aus Genf, ein neuer Buchhalter gefunden wurde. Ihn habt ihr ab jetzt am Draht, wenn ihr Adressmeldungen machen wollt, Fragen zum Mitgliederbeitrag habt, Einzahlungsscheine benötigt, etc.

Auch Marie-Eve Cardinal, welche während fast einem Jahr für Uniterre (u.a. Zeitung, europ. Projekte, Genusswoche) gearbeitet hat, hat eine Anstellung gefunden.

Aline und Marie-Eve wünschen wir herzlich alles Gute und viel Erfolg am neuen Arbeitsplatz.